66. Jahrgang. № 145. Sonntag, 26. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,— M., vierteljährlich 42,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 5,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25% Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke

Trinkt
Radeberger Pilsner

Kauft Bücher!
Sie sind auch heute noch das beste und billigste
Konfirmationsgeschenk!

Armbanduhren in Gold, Silber und Metall — Beste Werke, Moderne Formen
GUSTAV SMY DRESDEN Moritzstr. 10 Ecke König Joh.-Str.
Größte Auswahl, Billigste Preise — **Taschenuhren** Für guten Gang weitgehende Garantie

Ratifizierung des Viermächte-Abkommens.

Große Mehrheit im amerikanischen Senat.

Washington, 25. März. Der Senat hat den Vertrag der vier Mächte über den Stillen Ozean mit 67 gegen 7 Stimmen ratifiziert mit dem Vorbehalt, daß der Vertrag keine Verpflichtung zur Anwendung von bewaffneter Gewalt und kein Bündnis bedeutet. (W. T. B.)

Mit der Ratifizierung des Abkommens ist einer der Hauptgründe gegen eine amerikanische Beteiligung in Genua fortgefallen.

Japan und der japanisch-englische Geheimvertrag.

Große Erregung über die Enthüllungen Borahs.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Neuyork, 25. März. Wie drahtlos aus Honolulu gemeldet wird, hat die Rede des Senators Borah im Senat, worin betont wurde, daß England und die Vereinigten Staaten einen geheimen Vertrag gegen Japan geschlossen hätten, in der japanischen Presse große Erregung hervorgerufen. Die Regierungsblätter sind zurückhaltend, bemerken jedoch, daß die amerikanische Regierung volle Aufklärung schulde. Die Oppositionspresse in Tokio nennt die Ausführungen Borahs eine Enthüllung von größter Tragweite, weil sich die japanische Delegation in Washington durch die europäische Diplomatie habe blenden lassen.

Englische Anerkennung der amerikanischen Besatzungskostenansprüche.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 25. März. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington soll sich England bereits dahin entschieden haben, daß der Anspruch der Vereinigten Staaten auf 241 Millionen Dollar für Besetzungskosten anerkannt und die Vereinigten Staaten bei der Bezahlung den übrigen Besetzungsmächten gleichgestellt werden müßten.

Die Anerkennung Rußlands in Genua.

London, 25. März. Die Fassung des Vertrages, durch den die Sowjets anerkannt werden sollen, ist nun von den finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen festgelegt worden. Die Anerkennung soll sofort nach der Konferenz von Genua in Kraft treten und die Russen sollen Gelegenheit haben, die Bedingungen für die Anerkennung zu diskutieren, ohne daß auf Garantien für ihr künftiges Betragen Nachdruck gelegt werden soll. Der Vertrag enthält auch die Bestimmungen über die Errichtung einer russischen Schuldenkommission.

Wie hierzu ergänzend berichtet wird, gelang es erst nach scharfer Debatte, in der besonders die französischen Delegierten schärfste Opposition machten, den italienischen und englischen Vertretern, die französischen Einwände zu beseitigen. Diese Einwände richteten sich gegen den Verzicht auf eine Probezeit.

Sowjetrussische Genua-Delegierte in Berlin.

Berlin, 25. März. Als Vorposten der russischen Delegation für Genua sind der Sowjet-Präsident der Ukraine Rakowski und das Mitglied der Moskauer Regierung Karl Radek bereits in Berlin eingetroffen. Rakowski erwartet hier die Vorigen, von Tschitscherin und Krassin geführten russischen Delegierten, die Anfang April hier eintreffen werden. In der Delegation befinden sich Vertreter sämtlicher Sowjet-Republiken von Moskau bis in den Kaukasus und über den Ural hinaus. Sie bilden aber für Genua eine einheitliche Delegation, mit einheitlichen und unbeschränkten Vollmachten, die vom ukrainischen Zentral-Exekutivkomitee bestätigt sind.

Gleichzeitig mit der Ankunft Radeks in Berlin hat Legationsrat Hay von der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes seine Einreisepapiere in die Ukraine erhalten. Er wird das Deutsche Reich in Charkow bei der ukrainischen Volksrepublik diplomatisch vertreten. In den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine ist eine gewisse Belebung zu verzeichnen.

Die deutschen Rückfragen nach Paris.

Uebermittelung durch die deutsche Botschaft.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 25. März. Die ersten Rückfragen der Reichsregierung sind gestern abend nach Paris abgegangen. Sie haben den Weg über die deutsche Botschaft in Paris genommen. Im Plenum des Reichstages wird außer Herrn Wirth auch Walther Rathenau am Dienstag über die Reparationsnote sprechen, besonders darüber, inwieweit sie von der Reichsregierung für erfüllbar angesehen wird.

Die Reparationskommission über die Sachlieferungen.

Paris, 25. März. Wie das „Journal des Débats" mitteilt, ist heute vormittag die Reparationskommission zur Beratung über die verschiedenen Abmachungen betreffend die deutschen Sachlieferungen zusammengetreten. Sie hat das Wiesbadener Abkommen, das Bemelmansche Abkommen und das in Anlehnung daran in Berlin paraphierte deutsche Abkommen geprüft.

Dubois gegen Verhandlungen über die Reparationsnote.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Basel, 25. März. „Journal des Débats" bringt gestern eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois. Dubois sagte danach, daß über die Zahlungsforderung mit Deutschland nicht verhandelt würde, weil die entsprechenden Beschlüsse der Kommission einstimmig gefaßt worden seien. Höchstens könne über die Ausführung der Kontrollvorschriften und über die Form der Aufbringung der deutschen Zahlung ein Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung zugelassen werden.

Die parlamentarische Beurteilung der Reparationsnote.

Die Unannehmbarkeit der neuen Steuern und der Finanz-Kontrolle.

Berlin, 25. März. In Berliner parlamentarischen Kreisen wird bei den Betrachtungen über die Note der Reparationskommission vornehmlich die Forderung nach neuen Steuern im Betrage von 60 Milliarden als gänzlich unannehmbar bezeichnet. **Wie man auch die noch unaufgeklärte Frage der Zwangsanleihe interpretieren wolle, immer wieder stelle sich die Notwendigkeit heraus, 60 Milliarden neuer Steuern aufzubringen, wenn die Reichsregierung die Note der Reparationskommission annehmen wollte. Das sei aber eine technische und wirtschaftliche Unmöglichkeit. Ebenso unannehmbar sei die Finanzkontrolle. Sie bedeute einen derartigen Eingriff in die Finanzhoheit des Reiches, daß keine Regierung und kein Volk darauf eingehen könne.** Es könnte zwar die Sparsamkeit im Budget des Reiches erhöht werden, die Ausgaben für kulturelle, für soziale und Wohlfahrtszwecke könnten stark eingeschränkt werden, und auch bei der Eisenbahn- und der Postverwaltung könnte bedeutend sparsamer gewirtschaft werden, einzelne Steuern könnten noch weiter ausgebaut werden, vor allem die Kohlen- und Umsatzsteuer, aber auch all dies würde nicht hinreichen, um auch nur annähernd den Forderungen der Gegner entsprechen zu können.

Von anderer Seite wird dazu noch mitgeteilt: Daß die Reichsregierung die Forderung von 60 Milliarden neuer Steuern und eine Finanzkontrolle ablehnen müsse, darüber könne wohl nur eine Meinung herrschen. Man dürfe wohl auch annehmen, daß im Deutschen Reichstage nur wenige Stimmen für eine solche Selbstentäußerung des deutschen Volkes sich finden würden.

Englische Schalmeien zur Vorbereitung der deutschen Unterwerfung.

London, 25. März. Der Londoner Vertreter des W. T. B. erfährt von gutunterrichteter britischer Seite: In London herrscht die Ueberzeugung, daß der nach Empfang der letzten Note der Reparationskommission in Deutschland entstandene Sturm der Entrüstung sich legen und bei eingehender Prüfung der Forderungen der Reparationskommission einer optimistischen Auffassung Platz machen werde. **Wenn die letzte Note der Reparationskommission auch in ihrer äußeren Form ein auf die herrschende politische Konstellation zurückzuführendes schroffes Aussehen hat, so seien doch tatsächlich ihre Bedingungen nach britischer Ansicht nicht so (!) unannehmbar, wie dies in Deutschland im ersten Augenblick erscheine. Vor allem gehe nicht aus der Note hervor, daß sie ein Ultimatum darstelle.** (?) Falls die deutsche Regierung nach eingehender Prüfung der Note zu der Ueberzeugung gelangen sollte, daß verschiedene Punkte der Aufklärung bedürfen, und daß sie sich aus diesem Grunde an die Reparationskommission wenden müsse, so sei nicht einzusehen, weshalb die Tür als geschlossen betrachtet werden sollte. Was die Lieferungen in Waren betreffe, so bedeuten die hierauf bezüglichen Bestimmungen, daß die nicht erfüllten Sachleistungen im Jahre 1922 nur in dem Falle in Gold verlangt werden würden, wenn die Sachleistungen vorsätzlich unterblieben seien. Man denke nicht an eine Ottomanisierung Deutschlands, sondern lasse der deutschen Regierung im Gegenteil genügend Bewegungsfreiheit, (!) um nach eigenem Ermessen den deutschen Staatshaushalt aufzustellen. Es sei nicht einzusehen, weshalb nicht bezüglich der in der Note der Reparationskommission erwähnten Termine zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission verhandelt werden könnte. (W. T. B.)

Daß diese Auslassungen vom W. T. B. so ausführlich verbreitet werden, deutet genugsam darauf hin, daß der Wirth-Rathenausche Erfüllungstraum noch immer nicht ausgeträumt ist.

Der Kampf um die Seele des Arbeiters.

Durch die Arbeitsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft: das war der Leitgedanke, der die jüngste Kölner Tagung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beherrschte und der jetzt angesichts der ungeheuerlichen Reparationsnote eine ungeahnt verschärfte Eindringlichkeit gewonnen hat. Man bedenke nur unsere Lage: Wir stehen im Zeichen des volkswirtschaftlichen Ausverkaufs, da wir nicht nur den Ueberschuß, sondern auch den größten Teil unserer für das Inland notwendigen Produktion ins Ausland gehen lassen. Wir haben durch den Raubbau, den wir im Kriege und nachher mit unserer Volkswirtschaft treiben mußten, 50 Milliarden Goldmark verloren, an Auslandsguthaben 25 Milliarden, an den abgetretenen Gebieten ebenfalls 25 Milliarden, durch Hergabe des Kriegsmaterials 10 Milliarden, also insgesamt 110 Milliarden. Schätzt man das deutsche Volksvermögen vor dem Kriege auf 220 Milliarden Goldmark, so hat es sich demnach um 50 v. H. vermindert, und dazu kommt noch die Schwächung der deutschen Volkskraft durch die Einbuße an Gebiet und Einwohnern in Europa und den Kolonien. Ein so in seinen Grundfesten erschütterter und geschwächter Volksorganismus bedarf der größten Schonung und Pflege. Statt dessen behandelt ihn die Entente mit brutalster Rücksichtslosigkeit, hat ihm in den letzten Monaten aller zehn Tage einen Millionenaderlaß verabfolgt und will ihm nunmehr durch die Reparationsnote den letzten Tropfen Blut abzapfen. Nach alledem kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Frankreich, das ja für alle die über uns verhängten Beraubungen und Erpressungen den Ton angibt und den Einpeitscher der Entente darstellt, gar nicht in der Hauptsache möglichst hohe und dauernde Leistungen von uns erzielen will, sondern daß es sich vor allem Vorwände verschaffen will, um die endgültige politische und wirtschaftliche Vernichtung des von ihm besiegbaßten deutschen Volkes herbeizuführen. Danach ist es klar, daß wir unmöglich wieder in die Höhe kommen können, wenn die Bestimmungen von Versailles und die Reparationen bestehen bleiben. Die ganze Welt muß sich wieder auf die Gesetze der wirtschaftlichen Vernunft besinnen, und um diesen Gesundungs- und Genesungsprozeß der allgemeinen internationalen Atmosphäre zu fördern, brauchen wir die nationale Volksgemeinschaft, da wir nur durch diese den erforderlichen mächtigen moralischen Druck nach außen hin ausüben können, da wir nur durch sie imstande sind, den Verantwortlichen in Deutschland den Mut einzuflößen zu der mannhaften Erklärung an die Entente, daß wir mit der Erfüllungspolitik in eine Sackgasse geraten sind und daß es auf dem bisherigen Wege nicht weitergeht. Es muß nun endlich einmal aufhören mit dem nach gerade wie jüdisches Lallen anmutenden Plappern von der unentwegten „Erfüllung bis zum äußersten", von der Beweisführung für den bereits mehr als genug und übergenug bekundeten „guten Willen" Deutschlands. Wenn aber damit gründlich Schluß gemacht werden soll, dann muß die ganze Nation wie ein Mann ihre Willensmeinung in diesem Sinne kundgeben, dann muß die deutsche Volksgemeinschaft das Nein gegenüber der Entente erzwingen.

Daß eine wahrhafte Volksgemeinschaft nicht ohne die Arbeiterschaft bestehen kann, ist ohne weiteres klar. Wir bedürfen dazu nicht bloß der in den christlichen Gewerkschaften organisierten, sondern ebenso sehr der unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Arbeiter, und von dieser Einsicht ausgehend bringt die „Köln. Ztg." an leitender Stelle einen bemerkenswerten Artikel, in dem erklärt wird, daß wir uns mitten im Kampfe um die Seele des Arbeiters befänden. Auf der einen Seite lockten wirtschaftsfremde Träumer und Fanatiker, Elemente, die in Wirklichkeit nur Zerstörung bringen können, aber den Himmel auf Erden skrupellos versprechen; auf der anderen Seite mahnten die Männer der wirtschaftlichen Praxis und der Politik, die aufbauen und erhalten wollen und nur den bescheidenen, aber sozial gerechten Anteil der Arbeiter an dem Ertrage ihrer Arbeit in Aussicht stellen können. Im Anschluß hieran richtet das kölnische Blatt einen warmherzigen Appell an die Arbeitgeber, sich energisch auf die Seite der Vertreter der zweiten Richtung zu stellen, wenn sie nicht die Hetzer indirekt unterstützen wollten. Es sind zum Teil recht beherzigenswerte soziale Wahrheiten, die das führende volksparteiliche Organ ausspricht und die um so stärkeres Gewicht besitzen, als das Blatt über weitreichenden Einfluß in leitenden industriellen Kreisen gebietet. „Die Arbeitgeber müssen dafür sorgen," heißt es in dem Artikel u. a., „daß die Vergangenheit auslischt, sie müssen den Hetzern von links das Handwerkszeug nehmen. Es ist ein ernster Kampf, in dem manches über Bord fliegen muß, was als „geheiligte" alte Tradition galt. Wenn es den deutschen Arbeitgebern ernst damit ist, nicht, wie ihnen vorgeworfen wird, ausschließlich für die eigenen Interessen und die eigene Tasche einzutreten, sondern dem gesamten Wirtschaftsleben zu dienen, dann dürfen sie ihre Führer nicht im Stich lassen. Sie müssen einsehen lernen, daß sie selbst

SLUB
Wir führen Wissen.